

Beschlüsse des 29. Bundesparteitages der CDU 9./10. März 1981 in Mannheim

Wir haben ein Arbeitsprogramm beschlossen, das jetzt nicht Makulatur sein darf, sondern Aufruf an die praktische Arbeit der Orts- und Kreisverbände, sich zu bemühen. Arbeiten wir gemeinsam für eine menschlichere Zukunft unseres Volkes! Sprechen wir in der Sprache, die unsere Mitbürger erwarten und verstehen, mit ihnen über ihre und unsere Sorgen, über ihre und unsere Wünsche!

Dieses Programm soll für uns ein Angebot zum offenen und auch nachdenklichen Gespräch über die Zukunft unseres Vaterlandes sein. Jetzt gilt es, daraus und damit zu arbeiten — vor allem im Gespräch mit der jungen Generation. Denn das ist das Wichtigste, daß es uns gelingt, die Jungen für diesen, für ihren und unseren gemeinsamen Staat zu gewinnen.

Helmut Kohl

Arbeitsprogramm — Aufgaben der 80er Jahre

Antragsteller: Bundesvorstand — **Annahme** in der Fassung der Antragskommission: einstimmig.

I. Präambel

1. Die Politik der CDU beruht auf dem christlichen Verständnis vom Menschen, der Ehrfurcht vor der Schöpfung und der Verantwortung des Menschen vor Gott. Das Verständnis vom Menschen und die Orientierung ihrer Politik an den Grundwerten Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit, wie sie im Grundsatzprogramm der CDU definiert sind, geben der CDU die Kraft, die große Herausforderung unserer Zeit zu bestehen, nämlich Gegenwartsinteressen und Zukunftsinteressen richtig zu gewichten.

Das richtige Verhältnis zwischen Gegenwart und Zukunft ist gestört. Die Ansprüche der Gegenwart beherrschen die politische Szene. Künftige Gestaltungsmöglichkeiten der heutigen Jugend und der nachfolgenden Generationen werden durch die kurzsichtige Gegenwartspolitik der Koalition von SPD und FDP in unerträglichem Ausmaße eingegrenzt. In der Wiederherstellung der richtigen Gewichtung zwischen Gegenwart und Zukunft, in der Durchsetzung einer zukunftsbewußten Politik liegt eine zentrale Aufgabe der CDU.

Das Gemeinwesen, für das wir uns einsetzen, ist mehr als nur ein Interessenverband zu Tageszwecken. Es ist unsere moralische Pflicht, nicht nur an die Gegenwart, sondern auch an die Zukunft, nicht nur an uns selbst, sondern auch an unsere Kinder und Kindeskinder zu denken. Hierzu gehört auch, daß unsere Politik für junge Menschen Voraussetzungen schafft, ihr Leben in verantworteter Freiheit zu gestalten und ihren Platz in Beruf und Gesellschaft zu finden. Wir wollen unserer Jugend eine chancenreiche, eine menschliche, eine lebenswerte Zukunft eröffnen.

2. Mit ihrem Grundsatzprogramm verfügt die CDU über eine zukunftsweisende programmatiche Grundlage. Einigen Themen aber, die in der Diskussion auch der jungen Generation eine besondere Rolle spielen, muß sich die CDU verstärkt annehmen. Dabei müssen strittige Sachfragen offen ausgetragen werden.

Die CDU muß ernsthaft den Dialog mit der Jugend suchen. Nur wenn sie sich stärker für die Vorstellungen und Interessen junger Menschen öffnet, wird sich auch ein größerer Teil der Jugend mit der CDU identifizieren können, der ihr kritisch gegenübersteht oder sich von ihr abgewandt hat. Junge Menschen wollen als Partner ernst genommen werden. Gefragt sind daher Dialogbereitschaft statt Belehrung, persönliche Glaubwürdigkeit statt Anpassung.

II. Arbeitsprogramm

Der Bundesvorstand wird beauftragt, zu folgenden Themenbereichen weiterführende Aussagen zu erarbeiten und zur Diskussion und Beschlusffassung in der Partei vorzulegen:

1. Die Soziale Marktwirtschaft muß bei veränderten Bedingungen wieder durchgesetzt werden:

- a) Wie können die Wirtschaft wieder gestärkt und die Vollbeschäftigung wiederhergestellt werden?
- b) Wie können wirtschaftliches Wachstum und technische Entwicklung mit dem Schutz unserer natürlichen und sozialen Umwelt vereinbart werden?

BEGRÜNDUNG:

Eine Analyse der heutigen wirtschaftlichen Situation in der Bundesrepublik Deutschland zeigt, daß wir in den nächsten Jahren — als Folge der Politik der SPD/FDP-Koalition und einer veränderten internationalen Lage — andere Bedingungen haben werden als bisher, mit zum Teil noch nicht absehbaren Konsequenzen, z. B. für den Arbeitsmarkt, die Kapitalbildung und die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft.

Es ist notwendig und möglich, diese Bedingungen durch die Politik der Sozialen Marktwirtschaft zu verbessern. Die Einheit von Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik muß wieder stärker berücksichtigt werden. Nur dann können die politische Handlungsfähigkeit des Staates gesichert, der soziale Friede erhalten und heutige und zusätzliche Aufgaben im Innern (wie z. B. Umweltschutz, Sicherung überschaubarer Lebensformen) und in der Welt (Entwicklunshilfe, Verteidigung) bewältigt werden.

In der heutigen Zeit kommt dem Grundsatz der Subsidiarität besondere Bedeutung zu: Alles, was der Bürger allein, in der Familie, im freiwilligen Zusammenwirken mit anderen ebensogut leisten kann wie der Staat und die größere Einheit, muß ihm vorbehalten bleiben. Dies ist menschlicher und wirtschaftlicher zugleich und wird uns helfen, den Strukturwandel in Freiheit zu bewältigen.

2. Verwirklichung der Grundsätze der Gleichberechtigung, der Partnerschaft und der Wahlfreiheit von Mann und Frau in Familie und Beruf**BEGRÜNDUNG:**

Was Frauen unter doppelter oder gar dreifacher Belastung — im Beruf, als Hausfrau und Mutter — leisten, findet wenig Anerkennung. Unsere Gesellschaft hat von den Frauen viel erwartet, ihnen viel aufgebürdet, aber wenig für sie getan. Die meisten Frauen wollen sich nicht in jungen Jahren ein für allemal zwischen Familie und Beruf entscheiden müssen, sondern in unterschiedlichen Lebensphasen unterschiedliche Schwerpunkte in ihrem Leben wählen. Besonders Frauen, die sich voll der wichtigen Aufgabe der Mutter widmen, stehen nach der Zeit der Kindererziehung vor dem Problem, eine neue Lebensaufgabe zu finden.

Kinder brauchen für ihre Entwicklung ausreichend Zuwendung an Zeit von Vater und Mutter. Junge Väter wollen auch immer mehr ebenso wie Mütter die Erziehung

ihrer Kinder miterleben und mitbeeinflussen und sind auch bereit, dafür finanzielle Zugeständnisse zu machen. Der Bildungs- und Ausbildungsstand bei Mädchen nähert sich fortschreitend dem der männlichen Jugendlichen, so daß zunehmend die Chance besteht, daß sich junge Väter wie junge Mütter entscheiden können, ob sie beide fähig zeitweise erwerbstätig und zeitweise mit Haushalts-, Pflege- und Erziehungstätigkeit beschäftigt sein wollen. Diese Chance kann solange nur unzureichend genutzt werden, wie Frauen in der Arbeitswelt benachteiligt sind und ihre Berufswahl auf nur wenige Bereiche beschränkt bleibt. Für Frauen und Männer müssen mehr qualifizierte Teilzeitarbeitsplätze zur Verfügung stehen, damit sich auch Männer stärker um Haushalts- und Erziehungspflichten kümmern können.

Die Union versteht unter Gleichberechtigung die Wahlfreiheit zu einer Vielfalt von Lebensmöglichkeiten. Die Verwirklichung dieses Ziels erfordert nicht nur politische Maßnahmen, sondern eine partnerschaftliche Aufgabenteilung von Mann und Frau in Familie und Beruf.

3. Neue Initiativen zur Schaffung des Europäischen Bundesstaates

BEGRÜNDUNG:

Unsere Europapolitik ist getragen von der Überzeugung, daß die Existenzsicherung der europäischen Völker einschließlich des deutschen Volkes in Freiheit und sozialer Gerechtigkeit nur in einem freien und geeinten Europa möglich ist. Dazu gehört auch die Rolle Europas im Atlantischen Bündnis. Trotz aller Schwierigkeiten treten wir dafür ein, unsere gemeinsamen Interessen auch gemeinsam zu vertreten, die Einheit Deutschlands in Freiheit anzustreben und aus dem Staatenbund der Europäischen Gemeinschaft, der bereits heute 270 Millionen in Frieden und Freiheit verbindet, den Bundesstaat, die Europäische Union zu schaffen. Durch Belebung der Idee einer Europäischen Gemeinschaft und durch konkrete Maßnahmen zur Schaffung eines Europäischen Bundesstaates muß erreicht werden, daß auch die schwierigen Probleme des Agrarmarktes gelöst werden.

4. Mitverantwortung für die Völker anderer Kontinente

BEGRÜNDUNG:

Wir sind Teil einer Welt, deren Völker immer stärker voneinander abhängig werden. Die Glaubwürdigkeit unseres Eintretens für die Grundwerte beweist sich auch an unserem Verhältnis zu den Völkern der Entwicklungsländer. Wir haben nicht nur die Aufgabe, die eigene, an den Grundwerten und Menschenrechten orientierte politische Ordnung zu schützen, sondern uns auch für unsere Werte in der Welt einzusetzen. Hierzu sehen wir im Einsatz für die weltweite Verwirklichung der Menschenrechte eine vorrangige Aufgabe. Als Industrienation mit hohem Lebensstandard haben wir die Aufgabe, den jungen Völkern der Entwicklungsländer bei der Bekämpfung von Hunger, Elend und Armut spürbar zu helfen. Mit

einem verstärkten entwicklungspolitischen Engagement, das die CDU als Freund der Armen ausweist, verwirklichen wir eine Politik aus christlicher Verantwortung. Damit erfüllen wir nicht nur eine moralische Pflicht, wir leisten zugleich einen Beitrag zur Sicherung unserer eigenen Existenz.

III. „Zukunftschanzen der Jugend“

Der Bundesvorstand wird ferner beauftragt, für den Herbst dieses Jahres einen Bundesparteitag vorzubereiten, auf dem u. a. unter dem Thema „Zukunftschanzen der Jugend“ vor allem Fragen der Bildungspolitik und ihre Auswirkungen auf die künftigen Berufschancen junger Menschen behandelt werden sollen.

IV. Vorbereitung

Die Beschußfassung über diese Themen soll vorbereitet werden durch eine offene Diskussion auf allen Ebenen der Partei, durch wissenschaftliche Fachkongresse und regelmäßigen Meinungsaustausch mit den gesellschaftlichen Gruppen. Der Bundesvorstand wird ferner beauftragt, eine Kommission aus Wissenschaftlern und Politikern einzurichten, deren Aufgabe es ist, zu ausgewählten Zukunftsproblemen, u. a. Sicherung des Generationenvertrages, Neue Soziale Frage, Analysen und Lösungsvorschläge zu erarbeiten.

Solidarität mit Behinderten und psychisch kranken Menschen

Antragsteller: BV Sozialausschüsse — **Annahme** in der Fassung der Antragskommission: einstimmig.

Behinderte und psychisch kranke Menschen finden heute trotz der im allgemeinen recht weitgehenden Maßnahmen und Förderungskataloge unseres Sozialstaates oftmals keine ausreichende Unterstützung in ihrer schwierigen Situation.

Durch eine großzügige Ausweitung des Behindertenbegriffs wurden vor allem die Schwerstbehinderten benachteiligt. Ihnen müssen deshalb vor allem neue Maßnahmen gelten.

Neben der Bereitstellung ausreichender Mittel für diese Gruppen müssen vor allem Ansätze zur selbständigen Lebensgestaltung (z. B. Arbeitsplatzangebote), zum Leben in der Familie und zur weitgehenden Teilnahme am gesellschaftlichen Leben gefördert werden, u. a. durch verstärkte Angebote ambulanter Betreuung.

Der Bundesparteitag begrüßt und anerkennt die bereits laufenden Initiativen der CDU-Fraktionen in Bund, Ländern und Gemeinden in der Arbeit für Behinderte und psychisch kranke Menschen.

Er fordert sie auf, auch über das Jahr der Behinderten hinaus

- durch Aufklärung und Werbung das solidarische Miteinander und das Verständnis für die besondere Situation der Behinderten weiter zu fördern; im Fernsehen ist auf die Probleme der Behinderten unter deren Beteiligung hinzuweisen;
- sich dafür einzusetzen, daß in Zukunft auch bei Unterhaltungssendungen körperbehinderte Mitbürger als aktive Teilnehmer eingeladen bzw. als Kandidaten zugelassen werden;
- durch Verbesserung und Verstärkung der Rehabilitation, die schulische, berufliche und gesellschaftliche Eingliederung der Behinderten zu erleichtern.

Die öffentlichen und privaten Arbeitgeber werden aufgefordert, insbesondere schwerstbehinderten Arbeitnehmern Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen.

Grundlagen für eine zeitgerechte Wohnungsbau- und Städtebaupolitik

Antragsteller: Bundesvorstand — **Annahme** in der Fassung der Antragskommission einstimmig.

A. Präambel

Die ausreichende Wohnungsversorgung aller Bürger ist eine der Grundvoraussetzungen für den sozialen Frieden. Dazu bedarf es eines funktionierenden Wohnungsmarktes. Aufgabe des Staates ist es, den Rahmen zu setzen, in dem sich Leistungswille und Privatinitiative entfalten sollen. Zugleich muß die öffentliche Hilfe dort hinzukommen, wo der Markt allein Wohnungen in ausreichender Zahl und zu angemessenem Preis nicht bereithält.

In jüngster Zeit ist der Wohnungsmarkt vielerorts aus dem Gleichgewicht geraten. In den letzten Jahren sind immer weniger Wohnungen gebaut worden. Deutliche Engpässe zeigen sich vor allem in den großen Städten. Unter ihnen leiden namentlich kinderreiche und junge Familien, Alleinerziehende, Behinderte, Studenten, ältere Menschen, Aussiedler, ausländische Mitbürger sowie die geburtenstarken Jahrgänge, die jetzt Familien gründen wollen und Wohnungen benötigen.

Die Bundesregierung hat keine Lösung. SPD und FDP haben vereint in 10 Jahren den Wohnungsmarkt in eine Sackgasse geführt. Jetzt wollen sie mit Flickwerk und noch mehr Bürokratie die selbstverschuldeten Notlage verwalten. Die Bonner Koalition erwartet das Heil vom Staat, der am Ende seiner Finanzkraft ist.

Die CDU will eine Wende in der Wohnungsbaupolitik. Ihre Ziele sind klar: Mehr Wohnungen durch Soziale Marktwirtschaft, mehr Hilfe zur Selbsthilfe, mehr soziale Treffsicherheit zugunsten einkommensschwacher Bevölkerungskreise. Die Woh-

nungspolitik muß wieder stärker auf die Marktkräfte vertrauen, sie muß Eigenverantwortung und Eigeninitiative des Bürgers stärken. Zugleich muß die Förderung dort gezielt einsetzen, wo bestimmte Bevölkerungsgruppen auf preisgünstigen Wohnraum angewiesen sind. Denn die Wohnung ist als Mittelpunkt des persönlichen Lebens ein Gut von besonderer sozialer Bedeutung.

B. Thesen

Auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft tritt die CDU für folgendes ein:

1. Die Eigentumsförderung ist verstärkt fortführen und familienfreundlicher zu gestalten

Die eigenen vier Wände sichern die Möglichkeit der individuellen Lebensgestaltung, sie tragen bei zu Unabhängigkeit und wirtschaftlicher Sicherheit. Wer bereit ist, einen erheblichen Teil seines Nettoeinkommens für die eigene Wohnung aufzubringen, der verdient auch die fördernde Unterstützung durch die Gemeinschaft. Die öffentliche Förderung der privaten Eigentumsbildung — besonders auch des Eigenheims in verdichteter Bauweise und der Eigentumswohnung — muß schwerpunktmäßig insbesondere bei kinderreichen und jungen Familien erfolgen, denn es darf nicht zur Alternative „Wohneigentum oder Familie“ kommen.

- Die CDU tritt für eine Verbesserung der steuerlichen Erleichterungen ein: Die Abschreibungshöchstbeträge nach § 7 b Einkommensteuergesetz müssen sozialer gestaltet werden. Sie sollen bei Familien auf ein Eigentumsobjekt konzentriert werden können.
- Die Förderung durch den Staat muß der Familiengröße angepaßt sein. Eine dynamische Eigentumspolitik sorgt dafür, daß wachsende Familien auch in eine bessere Förderung hineinwachsen können.
- Bei der Bausparförderung sollen die Prämienätze pro Kind von bisher 2 % auf 3 % angehoben werden.
- Möglichst viele Mieter, die dies wollen, sollen in die Lage versetzt werden, Eigentümer ihrer jetzigen Mietwohnung zu werden; denn Eigentum an der eigengenutzten Wohnung ist der beste Mieterschutz. Durch den Erwerb geht Wohnraum nicht verloren, weil der erwerbende Mieter die von ihm bewohnte Wohnung auf lange Zeit nicht freimachen würde.
- Wie bisher muß auch weiterhin die Möglichkeit erhalten bleiben, daß Eigentumsmaßnahmen für Bezieher niedriger Einkommen im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus gefördert werden. Dabei sollen neue Möglichkeiten, z. B. durch Wohneigentumsgenossenschaften und Erbbaurecht eröffnet werden.

2. Der frei finanzierte Mietwohnungsbau muß unter Wahrung des Kündigungsschutzes wieder belebt werden

Der soziale Wohnungsbau kann die Lücke nicht schließen, die sich gegenwärtig durch den fast völligen Ausfall neuer frei finanziert Mietwohnungen auftut. Es

gilt, das Investitionsklima zu verbessern und das anlagesuchende Privatkapital in den Wohnungsbau zu lenken. Es muß das Bewußtsein dafür geschärft werden, daß das Gut Wohnen seinen Preis hat. Der Gesetzgeber muß Regelungen beseitigen, die dazu führen, daß Wohnraum leer steht.

Wer im Wohnungsbau investieren will, nimmt Anfangsverluste in Kauf, wenn er steuerliche Erleichterungen erhält und mittelfristig eine angemessene Wirtschaftlichkeit erreichen kann.

— Die degressive Abschreibung nach § 7 Abs. 5 Einkommensteuergesetz muß verbessert werden. Um dies zu erreichen, wird der Staffelsatz der ersten — 12jährigen — Absetzungsperiode von derzeit 3,5 % auf künftig 5 % erhöht.

Dies bringt einen massiven steuerlichen Anreiz und eine wesentliche Liquiditätshilfe in den Anfangsjahren.

— Die CDU tritt für die Beibehaltung des Kündigungsschutzes ein. Es soll dabei bleiben: Der Wunsch nach einer höheren Miete ist kein Kündigungsgrund.

— Gleichwohl ist das Mietrecht zu vereinfachen, grundlegend zu überarbeiten und zeitgerecht fortzuentwickeln. Dies heißt vor allem: Der Nachweis der Vergleichsmiete muß einfacher und praktikabler erfolgen.

— Bei der Erstellung von Mietspiegeln müssen Marktpreise zugrunde gelegt werden. Vorhandene Mietspiegel sind zeitnah fortzuschreiben.

— Daneben muß die Vereinbarung von Staffelmieten bei Neuabschlüssen von Mietverträgen wieder zugelassen werden. Zeitmietverträge müssen dort möglich sein, wo späterer Eigenbedarf des Vermieters Vertragsgrundlage ist, oder in ausgewiesenen Sanierungsgebieten. Die Voraussetzungen für die Geltendmachung familiären Eigenbedarfs sind zu lockern.

— Wohnungsneubau, Modernisierung und Sanierung sind gleichgewichtig förderungswürdige wohnungspolitische Aufgaben.

3. Der Bau neuer Sozialmietwohnungen muß auf Zielgruppen des Bedarfs konzentriert werden

Auf eine direkte Förderung neuer Sozialmietwohnungen kann nicht verzichtet werden. Dies gilt insbesondere für die Brennpunkte des Bedarfs und für Personengruppen, die am Markt keine Wohnungen zu zumutbaren Bedingungen finden. Das Wohngeld als treffsichere subjektive Hilfe hat sich bewährt. Es allein garantiert aber nicht, daß die notwendigen Wohnungen an der richtigen Stelle in ausreichen- der Zahl und zu angemessenen Preisen gebaut werden. Die Kombination von Objekt- und Subjektförderung beizubehalten, heißt aber nicht, die gegenwärtige Gewichtung zu zementieren. Vielmehr müssen die subjektiven Hilfen stärker betont werden.

Daher können hochsubventionierte Mietwohnungen künftig im wesentlichen nur noch für Zielgruppen gebaut werden.

Für andere Wohnungssuchende bietet sich an, künftig die Förderung auf geringere Subventionen umzustellen.

4. Die Fehlsubventionierung muß abgebaut werden

Die von der Bundesregierung vorgesehene Fehlbelegerabgabe ist der falsche Weg. Sie bewirkt bei den Gemeinden einen gewaltigen Verwaltungsaufwand und bringt keine Lösung. Das Ärgernis der Fehlbelegungen muß marktgerecht und nicht über neue Bürokratie angegangen werden; der Schutz der sozial Schwachen muß dabei gesichert sein.

Daher tritt die CDU dafür ein, die Zinssubvention der bestehenden Sozialmietwohnungen unter Berücksichtigung regionaler Gegebenheiten schrittweise abzubauen. Dieser Weg kann nur behutsam beschritten werden.

Bei den ältesten Förderungsjahrgängen führt die Erhöhung der Darlehenszinsen auf das Kapitalmarktniveau nur zu einem geringfügigen Ansteigen der ohnehin niedrigen Mieten. Hier ist ein Übergang auf die Vergleichsmiete möglich; auftretende Härten müssen durch das Wohngeld aufgefangen werden. Die Mieten der später gebauten Wohnungen können nur maßvoll und schrittweise an den Markt herangeführt werden. Bei den neueren Förderungsjahrgängen schließlich scheidet eine Zinsanhebung in größerem Umfang zunächst aus: Hier ist eine kontinuierliche Entwicklung in die Förderung bereits eingebaut.

Auch in Zukunft muß ein großer Bestand an Sozialwohnungen — vor allem in den Ballungsräumen erhalten bleiben. Die Lösung von der Kostenmiete darf nicht zu einem automatischen Wegfall der Belegungsbindungen führen.

Die Anhebung der Mieten im sozialen Wohnungsbau ist unter sozialen Gesichtspunkten zu verantworten, wenn gleichzeitig einkommensschwächeren Haushalten ein ausreichendes Wohngeld gezahlt wird.

Es sollte sichergestellt werden, daß der Differenzbetrag zwischen den bisher gezahlten Sozialmieten und den neuen Mieten für den Neubau von Sozialwohnungen eingesetzt wird, soweit er nicht für zusätzliche Wohngeldzahlungen benötigt wird.

Die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen sollen von der Objektkalkulation zur Unternehmensmiete übergehen können. Sie sollen auch in Zukunft verpflichtet sein, die einkommensschwächeren Mitbürger mit Wohnraum zu versorgen.

Wenn die Mieten allmählich an den Markt herangeführt werden, lösen sich Fehlbelegungen, Unterbelegungen und Mietenverzerrung von selbst. Darüber hinaus wird die nicht zu rechtfertigende Ungleichbehandlung unter den Wohnberechtigten beseitigt, von denen nur ein Drittel eine Sozialwohnung hat.

5. Auch neue Wege müssen beschritten werden

Die hohen Kosten für den Neubau einer Sozialmietwohnung gebieten es, die überkommene Wohnungsbauförderung durch neue Modelle zu ergänzen:

- So sollte das Bauherrenmodell mit dem sozialen Wohnungsbau gekoppelt werden. Dadurch können mit geringeren Darlehen Wohnungen geschaffen werden, die den gleichen Bindungen unterliegen wie Sozialmietwohnungen.
- Als Ergänzung zur Neubauförderung ist der Ankauf von Belegungsbindungen in Betracht zu ziehen. Wer der Gemeinde ein Belegungsrecht für eine frei finanzierte Altbauwohnung einräumt, sollte einen Zuschuß für Modernisierungs- oder Instandsetzungsmaßnahmen erhalten.
- Die bestehenden Altbauwohnungen müssen so modernisiert und saniert werden, daß vergleichbare Wohnverhältnisse geschaffen werden. Überzogene Lösungen sind zu verhindern, sie tragen dazu bei, daß die Mieter oft unnötig hohe Mietzinsen entrichten müssen.
- Die Beteiligung der Mieter an der Altbaumodernisierung ist in die öffentliche Förderung einzubeziehen. Sie darf nur im Einvernehmen mit dem Vermieter erfolgen und nicht zu einem gesetzlichen Anspruch auf Modernisierung oder zu einer Duldungspflicht des Vermieters führen.
- Notwendig ist ein Gesetz zum Abbau von Gesetzen in der Wohnungsbaupolitik. Die CDU fordert daher erneut einen Gesetzentwurf, der das derzeit geltende, in zahlreiche Vorschriften zersplitterte Wohnrecht bereinigt und diese Vorschriften einheitlich und für alle verständlich und übersichtlich zusammenfaßt.

6. Grund und Boden müssen optimal genutzt, die Wirtschaftlichkeit des Bauens verbessert werden

Das heißt zunächst, die vorhandenen Bebauungsmöglichkeiten aufzugreifen durch Stadterneuerung, durch Schließung von Baulücken, durch Wohnungsbau auf Industriebrache. Das heißt aber auch, über eine aktive Bodenvorratspolitik neues Bauland zu gewinnen. Dabei ist es Sache einer guten Stadtplanung, insbesondere auch in verdichteter Bauweise eigenheimähnliche Wohn- und Bauformen zu entwickeln. Im übrigen wird auf die Beschlüsse des Hamburger Parteitages vom 18. bis 20. November 1973 zum Bodenrecht verwiesen.

Neben den Kapitalkosten sind in den vergangenen Jahren auch die Baulandpreise und die Baukosten überproportional angestiegen. Diesem Trend ist entgegenzuwirken.

- Die Kommunen werden aufgefordert, verstärkt Flächen für den Wohnungsbau auszuweisen. Sie sollen eine eigene Bodenvorratspolitik betreiben. Die vorhandenen Instrumente und planerischen Möglichkeiten müssen im Sinne einer zeitgerechten Wohnungs- und Städtebaupolitik genutzt werden.

- Durch eine einfachere Erschließung in Wohngebieten, insbesondere durch Verzicht auf aufwendige, breite Straßen, können die Kosten gesenkt werden, die sowohl den Anliegern als auch den Gemeinden entstehen.
- Die Anforderungen an den technischen Standard und an die Ausstattung einer Wohnung sind ständig gestiegen. Sie müssen gelockert und auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt werden.
- Die Länder und Gemeinden werden aufgefordert, ihre bisherigen Bemühungen, das Baugenehmigungsverfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen, verstärkt fortzusetzen.
- Im Eigenheimbau wie auch im Mietwohnungsbau sollten vermehrt Rohbauten zum eigenen Ausbau angeboten werden.
- Stellplätze können den Wohnungsbau erheblich verteuern. Deshalb sollte verstärkt auf preisgünstige Lösungen hingewirkt werden.

7. Mehr Wohnraum für Studenten

In den Hochschulorten ist die Wohnungsnot besonders groß und trifft insbesondere die Studenten. Die Studentenzahl ist hochgeschnellt, ohne daß dies trotz der Vorhersehbarkeit beim Wohnungs- und Wohnheimbau berücksichtigt worden ist. Daneben ist es für Studenten wegen knapper Vermögensverhältnisse und zwangsläufiger Fluktuation besonders schwierig, Wohnungen auf dem Wohnungsmarkt zu mieten. Vor diesem Hintergrund lehnt die CDU die Kürzung der Bundesmittel für den Studentenwohnheimbau ab.

Vielmehr fordert die CDU:

- Wiederherstellung des ursprünglichen Förderungsvolumens für den Wohnheimbau;
- stärkere Unterstützung freier Träger zur Errichtung von Studentenzimmern und -wohnungen;
- gezielte Altbausanierung von öffentlichen und privaten Bauten in Hochschulorten.

Eine sofort wirksame Bekämpfung der Wohnraumnot, insbesondere in Hochschulorten dient der Abhilfe sozialer Mißstände und der Unruhe unter den Studenten und ist daher dringend erforderlich.

8. Regelung für Berlin

Die Situation in Berlin ist durch einen extrem hohen Altbaubestand und das Fehlen von Ausweichmöglichkeiten in das Umland gekennzeichnet. Dies bedarf besonderer Regelungen. Aus einer Kombination von Mietpreisfestlegungen und verbesserter Wohngeldregelungen muß vor allem die Modernisierung und Instandhaltung der Altbausubstanz sowie durch öffentliche Förderung die Erstellung weiterer Neubauwohnungen erreicht werden.

Weil der Berliner Senat nicht die notwendigen Voraussetzungen für eine hinreichende Wohnraumversorgung geschaffen hat, tritt die CDU dafür ein, die Mietpreisbindung für Berlin bis 1990 zu verlängern.

C. Gesamtschau ist nötig

Wenn der Wohnungsbau belebt werden soll, muß vieles zusammenkommen, muß mehreres sich ergänzen. Neue Wege müssen mutig beschritten werden. Es bedarf kräftiger Impulse. Dies gilt auch für die steuerlichen Erleichterungen. Zaghaftheit wäre hier verhängnisvoll. Sie würde nur Mitnehmereffekte bewirken, die hohe Fördersummen verschlingen.

Gelingt es aber, zusätzliche Wohnungen zu schaffen, so entsteht dem Staat kein Ausfall. So bringen 50 000 Wohnungen mehr im Jahr ein zusätzliches Bauvolumen von rd. 10 Mrd. Also mehr Investitionen, Umsätze und Gewinne, bis zu 100 000 zusätzliche Arbeitsplätze und mehr private Einkommen. Zählt man die Steuermehr-einnahmen sowie die Minderausgaben und Mehreinnahmen in der Sozialversicherung zusammen, so erreichen sie fast die gleiche Höhe wie die Steuerausfälle.

Wohnungsbau braucht Ökonomie statt Ideologie. Was private Initiative leisten kann, darf der Staat nicht an sich ziehen. Nicht mehr Staat, mehr Dirigismus, sondern mehr private Eigeninitiative, mehr Eigenverantwortung — in einer sozial abgesicherten Marktwirtschaft — ist der Schlüssel zum Erfolg. Auch in der Wohnungspolitik.

Schutz und Sozialpflichtigkeit des Eigentums gelten auch für Wohnungseigentum

Antragsteller: KV Mainz-Bingen — **Annahme** in der Fassung der Antragskommision mit großer Mehrheit bei einigen Gegenstimmen.

Das Grundgesetz stellt das Eigentum und damit auch das Wohnungseigentum unter Schutz. Gleichzeitig gilt aber die Sozialpflichtigkeit des Eigentums, die das Grundgesetz fordert, auch für das Wohnungseigentum. Wer die Wohnungsnot entweder zur Spekulation ausnutzt oder gut erhaltene Wohnungen absichtlich leer stehen und verkommen läßt, verstößt gegen die ihm durch das Grundgesetz auferlegten Pflichten.

— Die CDU betont, daß der Staat das Wohnungseigentum ebenso schützen muß wie jede andere Form des Eigentums. Sie verurteilt gewaltsame und illegale Formen der Einschränkung der Eigentumsrechte.

— Die CDU betont, daß der Eigentumsschutz unter dem verfassungsrechtlichen Gebot der Sozialpflichtigkeit steht. Sie verurteilt die künstliche Verknappung des Wohnungsangebotes durch Leerstehenlassen und Zerstörung von Wohnraum in Gebieten, in denen ein akuter Wohnungsmangel besteht.

DURCH WACHSTUM ZUR VOLLBESCHÄFTIGUNG

Antragsteller: BV Mittelstandsvereinigung -
Annahme: einstimmig

Die CDU stellt fest, daß es der SPD/FDP-Bundesregierung nicht gelungen ist, auch nur ein einziges der vier Ziele zu erreichen, die in § 1 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft verbindlich festgestellt sind. Weder Vollbeschäftigung noch Wachstum, weder Preisstabilität noch außenwirtschaftliches Gleichgewicht sind auch nur annähernd erreicht. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland sind alle vier Ziele gleichzeitig und in erheblichem Umfang verletzt. Die CDU fordert daher den Gesetzgeber und die Bundesregierung mit Nachdruck auf, eine Kurskorrektur der Wirtschaftspolitik einzuleiten, die die Realisierung der Ziele wieder erlaubt, zu denen aufgrund des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft die Bundesregierung gesetzlich verpflichtet ist.

Gemeinsame Delegiertenkonferenz CDU/CSU

Antragsteller: LV Schleswig-Holstein, KV Bonn, KV Enzkreis/Pforzheim, KV Hagen, KV Konstanz, KV Schaumburg, KV Stormarn, KV Unna, KV Warendorf-Beckum —
Annahme in der Fassung der Antragskommission: einstimmig.

Der Bundesvorstand der CDU wird beauftragt, nach den positiven Erfahrungen mit der Gemeinsamen Delegiertenkonferenz der Unionsparteien 1980 in Mannheim gemeinsam mit dem Landesvorstand der CSU ein Verfahren für die Nominierung des Kanzlerkandidaten der Unionsparteien und für die Beschlüßfassung über das gemeinsame Wahlprogramm zu erarbeiten.

Sonderregelung für Beitragszahlung

Antragsteller: KV Trier-Stadt — **Annahme** in der Fassung der Antragskommission: einstimmig bei einigen Enthaltungen.

Für Hausfrauen, Schüler, Studenten, Bundeswehrsoldaten, die ihren Wehrdienst ableisten, Zivildienstleistende, Auszubildende, Arbeitslose, Rentner und Mitglieder mit geringem Einkommen kann der Kreisverband eine Sonderregelung der Beitragszahlung treffen sowie Mitgliedsbeiträge stunden und erlassen (§ 4 Abs. 2 FBO).

Bundesweite Aktionen für Jugend und Frauen

Antragsteller: KV Bonn — **Annahme** in der Fassung der Antragskommission: einstimmig bei wenigen Enthaltungen.

Die Bundespartei wird aufgefordert, bundesweit Aktionen für die Bereiche Jugend und Frauen bereits ab 1981 durchzuführen.

Umfrage bei Jugendlichen und Frauen

Antragsteller: KV Bonn — **Annahme:** einstimmig.

Der Bundesvorstand wird aufgefordert, baldmöglichst in einer für die CDU-Kreisverbände verwertbaren Form durch eine repräsentative wissenschaftlich fundierte Umfrage feststellen zu lassen, welche konkreten Gründe Jugendliche und Frauen davon abhalten, die CDU zu wählen.

Jugendforum

Antragsteller: KV Bonn — **Annahme:** einstimmig.

Der Bundesvorstand wird beauftragt, gemeinsam mit der Jungen Union in regelmäßigen Abständen ein „Jugendforum“ durchzuführen.

Verstöße bei Briefwahl beseitigen

Antragsteller: KV Schaumburg — **Annahme** in der Fassung der Antragskommission: bei einigen Gegenstimmen ohne Enthaltungen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, zusammen mit den anderen Fraktionen des Deutschen Bundestages eine Änderung des Wahlrechts herbeizuführen, um die in der jüngsten Vergangenheit offensichtlich immer umfangreicher und größer gewordenen Verstöße gegen das Wahlgeheimnis bei der Briefwahl zu beseitigen.

Ländlichen Raum nicht benachteiligen

Antragsteller: KV Westerwald — **Annahme** in der Fassung der Antragskommission: einstimmig.

Die CDU-Bundestagsfraktion wird beauftragt, im Deutschen Bundestag verstärkt gegen die Benachteiligung der Bevölkerung im ländlichen Raum durch die Politik der SPD/FDP-Bundesregierung einzutreten.

Kinderbetreuungsbetrag voll pauschalieren

Antragsteller: KV Schaumburg — **Annahme** in der Fassung der Antragskommission: einstimmig bei einer Stimmenthaltung.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, im Deutschen Bundestag dafür einzutreten, daß der Kinderbetreuungsbetrag voll pauschaliert wird, so daß Einzelnachweise für die Steuerpflichtigen entfallen.

Besserstellung der Familien

Antragsteller: KV Main-Kinzig — **Annahme:** einstimmig.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, Anstrengungen zur Anerkennung und Besserstellung der Familien, insbesondere der kinderreichen Familien durch ein

Erziehungsgeld für Mütter, Anerkennung der Erziehungsleistung bei der Rentenversicherung, Dynamisierung des Kindergeldes und eine familiengerechte Wohnungsbaupolitik zu unternehmen.

Behindertenrecht

Antragsteller: KV Borken — **Annahme:** eine Gegenstimme ohne Enthaltungen.

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag wird gebeten, zu prüfen, inwieweit das Behindertenrecht weiter an das Kriegsopferrecht angeglichen werden kann.

Gedenkstätte für die Opfer der Vertreibung

Antragsteller: BV Württemberg-Hohenzollern — **Annahme:** einige Gegenstimmen ohne Enthaltungen.

Die Delegierten der CDU in den Gremien der Bundespartei werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, daß sich die CDU des Vorhabens der Errichtung einer nationalen Gedenkstätte für die Opfer der Vertreibung annimmt, die weitgehend aus Spenden bestritten werden soll. Diese nationale Gedenk- und Informationsstätte soll sowohl vom geistig-kulturellen Reichtum des deutschen Ostens und seiner Geschichte wie auch vom unverzichtbaren Recht auf die angestammte Heimat Zeugnis geben. Sie soll aber auch ein Zeichen der Bereitschaft zu Vergebung und Versöhnung unter den Völkern darstellen.

Für die Verteidigung unseres freiheitlichen und sozialen Rechtsstaats

Antragsteller: BV Junge Union — **Annahme** in der Fassung der Antragskommission: einstimmig.

Die wiederholten Demonstrationen, Gewaltaktionen und blutigen Krawalle aus Anlaß des öffentlichen Gelöbnisses von Wehrpflichtigen der Bundeswehr zeigen, daß Verteidigungsbereitschaft, NATO und Bundeswehr gerade in der Jugend nicht mehr selbstverständliches Gemeingut sind.

In unserer Gesellschaft muß daher die Diskussion über Sinn und Auftrag der Bundeswehr, über die Verteidigungsnotwendigkeit und die Abrüstungshoffnungen von neuem aufgegriffen und geführt werden. Die Parteien, der Bundestag und die

Bundesregierung müssen sich verstärkt den bohrenden Fragen nach der moralischen Begründung der Sicherheitspolitik und den praktischen Problemen des Friedensauftrages in einer gefährdeten, friedlosen, hochgerüsteten Welt stellen.

Auch die Schulen, andere Bildungseinrichtungen, die Massenmedien und Jugendorganisationen müssen diese Fragen wieder aufwerfen und umfassend erörtern.

Die öffentliche Selbstdarstellung der Bundeswehr muß ihren Friedensauftrag verdeutlichen. Hierzu gehört auch das öffentliche Gelöbnis von Wehrpflichtigen. Die CDU bedauert es, daß der Bundesminister der Verteidigung auf diese öffentliche Selbstdarstellung der Bundeswehr verzichtet.

Andererseits muß verdeutlicht werden, daß Formen und Zeremonien keine heiligen Kühe sind, daß sie einer kritischen Diskussion unterworfen und nach einer solchen Diskussion auch geändert werden können. Diese Diskussion darf jedoch nicht jenen Wasser auf die Mühlen leiten, die die Bundeswehr insgesamt oder sogar unseren demokratischen Staat bekämpfen.

Die CDU fordert alle Demokraten auf, in der Art ihres demonstrativen Auftretens einen in Theorie und Praxis klaren und unmißverständlichen Trennungsstrich gegenüber jenen zu ziehen, für die diese Auseinandersetzungen nur Vehikel zur Durchsetzung einer totalitären Ordnung sind.

Menschenrechte für Bolivien

Antragsteller: BV Junge Union — **Annahme** in der Fassung der Antragskommision: einige Gegenstimmen ohne Enthaltungen.

Am 17. Juli 1980 hat die bolivianische Armee wieder einmal geputscht. Vorausgegangen waren demokratische Parlamentswahlen. Anstatt des gewählten Präsidenten beherrscht jetzt General Garcia Meza das Land. Seit dem Putsch sind Tausende von Politikern, darunter auch Christdemokraten, Gewerkschaftler, Priester und Journalisten verschwunden, ermordet und gefoltert worden.

Die CDU, einig in ihrem Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen in rechten wie linken Diktaturen

- verurteilt diesen Putsch und die brutalen und bewußt geplanten Verbrechen der Militärjunta,
- begrüßt die einstimmige Resolution des Europäischen Parlaments vom September 1980, in der die Regierungen aufgefordert werden, die Militärjunta nicht anzuerkennen und ihr Wirtschaftshilfe zu verweigern,
- fordert

1. die Übergabe der Macht an die demokratisch gewählte Regierung der nationalen Einheit.

2. Unterstützung seiner demokratischen Regierung im Exil durch alle Staaten der freien Welt.
3. Freilassung aller politischen Gefangenen.
4. Aufklärung über den Verbleib der Verschwundenen.
5. Wirtschaftliche Hilfe an Bolivien nur insoweit, wie dies direkt der Bevölkerung zugute kommt.
6. Entsendung einer gemeinsamen Parlamentarier-Delegation der Beratenden Versammlung des Europarates und des Europäischen Parlaments nach Bolivien zur Untersuchung der Menschenrechts-Verletzungen.

Die CDU sichert insbesondere den Christdemokraten in Bolivien jede mögliche Unterstützung zu.

Jugendberatung in Drogenfragen

Antragsteller: BV Junge Union — **Annahme** in der Fassung der Antragskommision: einstimmig.

Maßnahmen zur Bekämpfung des Drogen- und Rauschmittelmißbrauchs

Der Drogen- und Rauschmittelmißbrauch ist trotz aller beschwichtigenden Erklärungen von Seiten der Regierung erschreckend hoch. Die CDU fordert daher entschiedene Maßnahmen durch Gesetzgebung, Vorbeugung und Therapie.

Die CDU ist sich darüber im klaren, daß allein mit mehr Geld nicht viel auszurichten sein wird. Finanzielle Mittel allein können nicht die Ursachen erreichen, aus denen heraus junge Menschen zu Drogen und Rauschmitteln greifen.

Um in dieser Zeit zu bestehen, sind Jugendliche auf die Vermittlung von Einsichten, Orientierungen und Werten angewiesen. Wird ihnen eine solche Erziehung verweigert, werden sie der Haltlosigkeit, der Verunsicherung, der Angst und der Überforderung ausgesetzt.

Viele junge Menschen fühlen sich in unserer unübersichtlichen Zeit allein gelassen und den Bedrohungen und Gefährdungen schutzlos ausgeliefert. Der Weg der Selbstausbürgerung und der Flucht in Scheinwelten und Scheingeborgenheiten ist verführerisch. Als eine solche Möglichkeit werden von skrupellosen kriminellen Geschäftsmachern Drogen und Rauschmittel angeboten.

Eine erfolgreiche Strategie gegen die zerstörerische Drogenabhängigkeit muß gegen diese Ursachen durch geeignete Erziehung vorgehen.

Die Notwendigkeit langfristiger erzieherischer Maßnahmen entbindet uns andererseits jedoch nicht davon, auch die Chancen kurzfristiger Hilfen zu nutzen. Nach all den vielen klagenden Worten der Vergangenheit ist es an der Zeit, Taten folgen zu lassen.

Als konkrete Mittel und Maßnahmen, Rauschmittelmißbrauch vorbeugend zu begrenzen, Drogenabhängigen Hilfe und Heilung anzubieten und Drogenkriminalität zu bekämpfen, fordert die CDU:

1. Gesetzliche Maßnahmen

1.1. Novellierung des Betäubungsmittelgesetzes

Der Strafrahmen für reine Dealertätigkeit soll erweitert werden; in besonders schweren Fällen soll auf lebenslängliche Freiheitsstrafe erkannt werden können. Bei geringfügiger Kriminalität von Abhängigen soll die Therapie Vorrang vor der Bestrafung haben.

1.2. Ablehnung einer Legalisierung von Cannabis-Produkten

Eine Freigabe von sogenannten „weichen Drogen“ führt zu einer erheblichen Steigerung des Drogenkonsums mit der Gefahr eines Umsteigeeffektes auf härtere Drogen. Cannabis-Konsum führt eindeutig zu psychischer Abhängigkeit.

1.3. Förderung von Therapieprozessen in Justizvollzugsanstalten

Drogenberatungsstellen sollen die Möglichkeit haben, in den Justizvollzugsanstalten Sprechstunden bzw. Gruppenangebote durchführen zu können.

1.4. Angemessene Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen bei Zoll- bzw. Steuerschulden

Bei der illegalen Drogeneinfuhr durch Drogenabhängige sind die gesetzlichen Bestimmungen im Bereich von Zoll- und Einfuhrumsatzsteuer so anzuwenden, daß der Erfolg der Therapie nicht gefährdet wird.

2. Vorbeugender Bereich (Prophylaxe)

2.1. Herausgabe von informativen Aufklärungsschriften

Hierbei soll neben einer Sachinformation, insbesondere der Hinweis auf die örtlichen Beratungsangebote und auf vorhandene Alternativen der Beratung gegeben sein. Inhaltlich sollen die Aufklärungsschriften sachlich auf die gegebenen Gefahren sowie auf Verhaltensmuster von Drogenabhängigen hinweisen.

2.2. Aufklärungsfilme

Es sind neue informative Aufklärungsfilme und Diareihen im Bereich der Drogenarbeit herzustellen und zum Einsatz zu bringen. Bei der Produktion sollen Drogenbe-

rater ihre Erfahrungen aus der praktischen Arbeit mit einfließen lassen. Dabei soll auch stärker als bisher das soziale Umfeld mit einbezogen werden sowie Situationen, die zum Drogenkonsum führen können.

2.3. Verstärkter prophylaktischer Ansatz an den Schulen

Informationen über die Gefahren des Drogenkonsums sollen Bestandteil der Lehrpläne aller Schulen sein. Die Schulen sollten sich dabei der Hilfe der örtlichen Beratungsstellen bedienen. Dringend erforderlich ist die Funktion eines Drogenvertrauenslehrers und die entsprechende Fortbildung dieses Pädagogen.

2.4. Verstärkte Information von Multiplikatoren in der Jugendarbeit

Größeres Angebot an Wochenendseminaren und sonstigen Aufklärungsveranstaltungen zum Themenbereich Drogen für Jugendleiter, Gruppenleiter, Mitarbeiter in Jugendzentren usw.

2.5. Stärkung des Bewußtseins gegenüber der Drogenproblematik in der Öffentlichkeit durch eine gezielte Medienarbeit. Hinweis darauf, daß der Drogenabhängige ein Behindter ist und dringend Hilfe benötigt.

2.6. Gezielte Aufklärung über Einstiegsdrogen ist notwendig

Die Erfahrungen der praktischen Arbeit zeigen, daß nicht allein Haschisch-Produkte, sondern sehr oft auch Nikotin, Alkohol und Medikamente als Einstiegsdrogen zu bezeichnen sind.

2.7. Einschränkung der Werbung für Alkohol, Nikotin und Medikamente

Erhebliche Einschränkung der Werbung auf freiwilliger Basis für sogenannte Alltagsdrogen wie Alkohol und Nikotin.

2.8. Ausreichende Mittel sollen für Zwecke der vorbeugenden, beratenden und therapeutischen Hilfe im Bereich der Suchtkrankenhilfe bereitgestellt werden.

2.9. Gezielte Ansätze im Bereich Jugendschutz. Verstärkte Kontrollmaßnahmen im Sinne des Jugendschutzgesetzes, insbesondere bezüglich der Abgabe von alkoholischen Getränken an Jugendliche unter 16 Jahren. Verschärfte Kontrolle in Spirituosengeschäften auf die Handhabung dieser Gesetzesvorschriften.

2.10. Früherer Beginn der Prophylaxe-Arbeit

Hinweise auf die Gefahr des (Drogen-)Konsums sollen bereits in Familienbildungseinrichtungen bzw. Kindereinrichtungen gegeben werden. Hier liegen sachgemäß die Schwerpunkte im Bereich der Elterninformation.

2.11. Im Hinblick auf die prophylaktische Arbeit muß eine verstärkte personelle Ausstattung der Beratungsstellen erfolgen. Flächendeckende Beratungsangebote, Integration der Beratungsstellen in ein sogenanntes Beratungs- und Behandlungsnetz.

3. Polizeiliche Maßnahmen

- 3.1.** Bund und Länder müssen ausreichend große Spezialdienststellen zur Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels unterhalten. Die Zuständigkeiten sind einheitlich zu regeln.
- 3.2.** Ein ständiger Informationsaustausch zwischen allen deutschen und alliierten Rauschgiftdienststellen und dem Bundeskriminalamt ist sicherzustellen.
- 3.3.** Die Ausbildung kriminalpolizeilicher Spezialsachbearbeiter für die Rauschgiftbekämpfung ist zu forcieren. Bemühungen um eine zentrale Ausbildung sind zu unterstützen.
- 3.4.** Enge Zusammenarbeit zwischen Zoll, Grenzpolizei und Rauschgiftdienststellen der Polizei ist sicherzustellen. Hierzu ist das Zollgeheimnis im notwendigen Umfang einzuschränken.
- 3.5.** Bemühungen um Intensivierung der Bekämpfung des internationalen Rauschgifthandels seitens der Interpol sind zu unterstützen.
- 3.6.** Dem Rauschgiftschmuggel nach und durch Deutschland ist größere Aufmerksamkeit zu widmen. In Verdachtsfällen sind gründliche Kontrollen der Reisenden und des Gepäcks an den Bundesgrenzen unvermeidlich. Unbequemlichkeiten müssen im Interesse der Rauschgiftbekämpfung hingenommen werden.
- 3.7.** Erhebliche Mengen von Rauschgift kommen im Wege des Postversandes nach Deutschland. Es sind Vorkehrungen zu treffen, die es der Post und dem Zoll ermöglichen, verdächtige Sendungen aufzuspüren.

4. Beratungsbereich

- 4.1.** Verbesserung der personellen Ausstattung in den Beratungsstellen. Die relativ geringe Anzahl an vorhandenen Therapieeinrichtungen zwingt die Beratungsstellen immer mehr im ambulanten Therapiebereich tätig zu werden. Dies scheitert in der Regel an der personellen Unterbesetzung dieser Stellen. Zu wenig Mitarbeiter, kein optimales Raumangebot, keine konkreten Angebote, insbesondere in dem Bereich, wo z. B. eine verbale Zusammenarbeit mit dem Klienten nicht möglich ist.
- 4.2.** Die CDU fordert wegen der Gefahren der Sucht für unsere Gesellschaft die Entwicklung eines **Forschungszentrums**, zu dessen Aufgaben die Erforschung der Ursachen der weiter zunehmenden Sucht, die Entwicklung von Behandlungsmethoden und insbesondere die Entwicklung von Maßnahmen zur Verhütung der Sucht und zur Bekämpfung des Mißbrauchs von Alkohol, Medikamenten und Rauschmitteln gehört.

Es muß eine verstärkte Information und **Ausbildung** von Fachkräften für die Drogenarbeit bereits während der Hochschulausbildung erfolgen.

Mitarbeiter der Beratungsstellen sollen die Möglichkeit haben, sich fachlich **weiter ausbilden** zu können.

4.3. Verbesserungen der Arbeitsbedingungen in Drogenberatungsstellen. Die Erfahrungen haben gezeigt, daß die Mitarbeiter der Beratungsstellen in der Regel nach zwei bis drei Jahren ihren Arbeitsplatz wechseln, da sie physisch und psychisch der Situation in ihrem Arbeitsfeld nicht mehr gewachsen sind, was in der Regel auf Kosten der Ratsuchenden geht. Eine **Kontinuität in der Beratungsarbeit** muß gewährleistet sein.

4.4. Verlagerung des Arbeitsfeldes von der Kommune auf freie Träger, gerade im Hinblick auf die Anonymität der Beratungsarbeit.

4.5. Erleichterung der Möglichkeit, Drogenberatungsstellen aufzusuchen

Sehr oft besteht eine Schwellenangst seitens drogengefährdeter bzw. drogenabhängiger Jugendlicher, eine Beratungsstelle aufzusuchen. Hier können Teestuben, Jugendcafés usw. vielversprechende Ansatzpunkte sein.

Verbessertes Angebot der Öffnungszeiten:

Es ist ein Wechselrhythmus in der Beratungsarbeit anzustreben mit dem Ziel, daß die Beratungsstellen über einen größeren zeitlichen Rahmen ihre Angebote gewährleisten können.

4.6. Auf Gefährdete zugehen

Die Erfahrungen zeigen, daß in der Regel lediglich 15 bis 20 % der gefährdeten bzw. abhängigen Jugendlichen eine Beratungsstelle aufsuchen. Hier gilt es, durch einen verstärkten personellen Einsatz nach dem Modell des „street-workers“ gezielt Gefährdete anzusprechen mit der Maßgabe, ihnen entsprechende Hilfsangebote zu unterbreiten.

4.7. Möglichkeit zu Ad-hoc-Übernachtungen in bestehenden Einrichtungen

Oft stehen Berater vor der Schwierigkeit, abhängige Jugendliche, welche ohne Geld und Wohnsitz sind, spontan unterbringen zu müssen. Diese Übernachtungsmöglichkeiten sollten in die konzeptionelle Arbeit und in eine Therapiekette einbezogen werden.

4.8. Verbesserung des Kontaktes zwischen den mit der Betreuung befaßten Institutionen.

5. Therapiebereich

5.1. Die Bedingungen für die physische Therapie müssen stärker als bisher auf die besonderen Erfordernisse von Drogenabhängigen gestaltet werden. Dies gilt vor allem für die räumliche Trennung der Drogenabhängigen von anderen Kranken.

5.2. Verstärkte Zusammenarbeit mit Kliniken mit der Tendenz bei Langzeittherapie einen nahtlosen Übergang vom körperlichen zum psychischen Entzug gewährleisten zu können. Das bedeutet, daß die Kliniken bei Bedarf auch einen Jugendlichen über einen längeren Zeitraum als 14 Tage aufnehmen können bzw. müssen, um diesen nahtlosen Übergang auch gewährleisten zu können.

5.3. Errichtung neuer Therapieeinrichtungen, da die derzeit vorhandene Kapazität bei weitem nicht ausreicht. Therapiegruppen sollten 20 Personen nicht übersteigen, wobei der Schwerpunkt der Arbeit im psycho-sozialen Therapiebereich liegen muß.

Für neue Problemgruppen, wie z. B. 12- bis 15jährige oder ältere Konsumenten über 30 Jahre, sind geeignete Therapieplätze bereitzustellen.

5.4. Klare Regelung der Zuständigkeiten bei den Kostenträgern von Therapiemaßnahmen

Die Erfahrungen haben gezeigt, daß gerade in diesem Bereich seitens der Beratungsstellen sehr viel Arbeit geleistet werden muß, um eine Kostenzusage für eine Langzeittherapie zu erhalten.

5.5. Aufbau entsprechender Nachsorgeeinrichtungen

Nach einer Langzeittherapie ist der Jugendliche in der Regel noch nicht in der Lage, allein mit seinen Problemen fertig werden zu können. Aus diesem Grunde ist eine entsprechende Nachsorge mit sozialpädagogischer Betreuung notwendig.

5.6. Verbesserung der Angebote in den Therapieeinrichtungen, insbesondere was die Möglichkeiten zur Weiterbildung betrifft.

6. Internationale Bekämpfung des Drogenhandels

Zur internationalen Bekämpfung der Rauschgiftprobleme müssen verstärkte und gezielte Maßnahmen ergriffen werden, um den weiteren Anbau von Drogen zu verhindern.

6.1. Verstärkte Entwicklungshilfe für die Länder, in denen Drogen angebaut werden mit der Maßgabe, statt Hanf und Mohn landwirtschaftliche Produkte anzubauen.

6.2. Erhöhung der finanziellen Mittel des UN-Suchtstoffkontrollfonds (UNFDAC) zwecks Einleitung neuer internationaler Aktionen gegen den Drogenanbau. Gewährung von Hilfestellungen bei landwirtschaftlicher Umstrukturierung in Anbaugebieten von Hanf und Mohn.

7. Engagement der Parteimitglieder

Der Bundesparteitag appelliert an die Mitglieder der Partei, besonders an die jungen Mitglieder, und die Mitglieder der Jungen Union, in jeder möglichen und angemessenen Form praktische Hilfe für drogenabhängige Jugendliche zu leisten und mitmenschliche Zuwendungen zu beweisen.

Zügiger Ausbau der Kernenergie notwendig

Antragsteller: Thoben, Biedenkopf, Gerstein — **Annahme** in der Fassung der Antragskommission: mit Mehrheit.

1. Das Kernkraftwerk Brokdorf muß weitergebaut werden.

Die Bundesrepublik Deutschland gehört schon heute wegen ihrer marktwirtschaftlich orientierten Energiepolitik zu den sparsamsten Energieverbrauchern der Welt. Selbst die sofortige Ausnutzung aller noch vorhandenen Einsparmöglichkeiten im Energiebereich würde jedoch nicht ausreichen, um außenwirtschaftlich (Leistungsbilanz) die Verteuerung der Energie auszugleichen, die nach wie vor importiert werden muß.

2. Die Deckung unseres künftigen Energiebedarfs ist ohne Kernkraft nicht möglich.

Ohne ausreichende Energie zu bezahlbaren Preisen wird das wirtschaftliche und soziale Niveau aller Bürger der Bundesrepublik Deutschland nicht zu halten sein.

3. Der Verzicht auf einen sofortigen zügigen Ausbau der Kernenergie würde wirtschaftliche und politische Abhängigkeit von erdöl- und erdgasexportierenden Staaten bedeuten. Diese können eine wirkliche Garantie für die Versorgung mit ausreichender Energie nicht geben. Die Abhängigkeit von Erdgas und Erdöl bedeutet gleichzeitig die Auslieferung der Bundesrepublik Deutschland an das Preisdiktat der Exporteure.

4. Ohne den Weiterbau von Kernkraftwerken und die friedliche Nutzung von Kernenergie im Inland werden die Exportchancen der Bundesrepublik nicht nur im Verkauf von Kerntechnologie wesentlich beeinträchtigt oder gänzlich verhindert. Qualifizierte Arbeitsplätze in Forschung und Technologie sind gefährdet.

5. Eine verantwortliche Auseinandersetzung mit der Kernenergie muß auch Rücksicht nehmen auf die Ängste und Sorgen der Bevölkerung. Um das Vertrauen zu stärken, das langfristig Grundlage für den Ausbau der Kernenergie in Deutschland ist, brauchen wir eine sachliche und emotionsfreie Information der Bevölkerung. Diese muß für alle Energien ebenso die Chancen, die Vorkehrungen für Sicherheit und für Umweltschutz, wie auch ihre jeweiligen Risiken nüchtern darstellen.

6. Nach heutigem Kenntnisstand sind sowohl die Wiederaufbereitung als auch die Zwischen- undendlagerung technisch lösbar und unter Gesichtspunkten der Sicherheit verantwortbar, so daß sie keine unüberwindbaren Schwierigkeiten — die den Verzicht auf Kernenergie notwendig machen — mehr darstellen.

„Europäisches Fernsehen“

Antragsteller: Brok, Langes, Hasselmann — **Annahme** in der Fassung der Antragskommission: einstimmig.

Die CDU Deutschlands begrüßt die Initiative aus der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) des Europäischen Parlaments für ein „Europäisches Fernsehen“. Die neue Satellitentechnik bietet die Chance, über ein europäisches Fernsehprogramm das Bewußtsein für die Einheit Europas zu stärken. Versuche, derartige Projekte grenzüberschreitender Medien zu verhindern, widersprechen der KSZE-Schlußakte von Helsinki. Unter diesen Gesichtspunkten ist auch die Beteiligung des Bundes der Deutschen Zeitungsverleger an dem „Europäischen Fernsehen“ von Radio Luxemburg zu beurteilen.